

Greenplease Newsletter

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN Gladbeck

Wirtschaftspotenzial von Migranten nutzen! Grüne berufen sich auf aktuelle Studie des Zentrums für Türkeistudien

Das Wirtschaftspotenzial von Migrantinnen und Migranten wollen die Bündnisgrünen stärker für Gladbeck nutzen und fühlen sich dabei von einer aktuellen Untersuchung des Duisburger Zentrums für Türkeistudien (ZfT) bestätigt.

"Viele Migranten in unserer Stadt haben sich selbständig gemacht, führen Unternehmen und beschäftigen Mitarbeiter", erläutert der bündnisgrüne Ratscherr Theodor Schulte. Dabei beschränke sich das wirtschaftliche Engagement der Migranten längst nicht mehr nur auf gastronomische Betriebe - sie leiten ebenso Bau- und Handwerksunternehmen oder auch EDV-Firmen. Allein 20.500 türkischstämmige Unternehmer zählt beispielsweise das ZfT in NRW. Diese würden durchschnittlich gut 5 Mitar-

beiter beschäftigen. Ein Drittel der Mitarbeiter in diesen Unternehmen sei nichttürkisch.

"Auch bei uns in Gladbeck wird dieses Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspotenzial zu sehr vernachlässigt", so Schulte. Eine gezielte Förderung und Anspra-

chungsdefizite bei der Betriebsgründung, Fehler bei der geeigneten Standortwahl und leider nach wie vor ein mangelndes Vertrauen deutscher Banken und Behörden.

Die Grünen sehen hierin Beratungsbedarfe durch die städtische Wirtschaftsförderung. "Wir müssen den jungen Unternehmern, seien sie türkischer oder anderer Herkunft, zeigen, welche Fördermöglichkeiten ihnen zur Verfügung stehen und Ihnen den Zugang zu öffentlichen Zuschüssen bei ihrer Betriebsgründung eröffnen", fordert Schulte ein stärkeres Engagement der Stadt. Dies könne auch für den regionalen Ausbildungsmarkt weitere Spielräume eröffnen. Vielfach fehle es bei den Migrantinnen an Kenntnissen über

(Fortsetzung auf Seite 2)

Es bleibt beim Alten...

Während BILD, FAZ, Spiegel und Süddeutsche angekündigt haben, wieder zur „klassischen“ Rechtschreibung zurückzukehren, bleibt bei uns alles beim Alten: nämlich der neuen Rechtschreibung. Bei der Ankündigung zur nächsten Ausschusssitzung werden Sie sich also auch weiterhin über das dritte „s“ amüsieren dürfen.

Eva Maria-Stuckel
Germanistin &
Stadtverbandssprecherin

Impressum:

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Stadtverband Gladbeck
V.i.S.d.P. Bernd R. Lehmann
Stadtverbandssprecher
Rentforter Straße 43 a
D-45964 Gladbeck

Telefon: 0 20 43 / 2 54 12
Fax: 0 20 43 / 2 17 76
info@gruene-gladbeck.de
www.gruene-gladbeck.de



Theodor Schulte ist
Bürgermeisterkandidat
für die Kommunalwahl.
Er vertritt die Grünen
seit zehn Jahren im Rat
der Stadt Gladbeck.

che von Migrantinnen und Migranten durch die städtische Wirtschaftsförderung finde nicht oder in zu geringem Umfang statt. Migranten ständen einer Selbständigkeit wesentlich offener gegenüber als die deutsche Bevölkerung. Laut ZfT gäbe es jedoch häufig In-



HERR LEHMANN Open-Air-Kino
nächsten Freitag, ab ca. 21:00 Uhr
Rathauspark (bei Regen im Bonhoeffer)

(Fortsetzung von Seite 1)

das deutsche Ausbildungssystem, weshalb diese selten Ausbildungsplätze zur Verfügung stellten. Die Untersuchung des ZfT komme zu dem Ergebnis das nur 12,4 Prozent der türkischstämmigen Unternehmen ausbilden.

"Wir müssen uns vom Dönerbuden-Klischee trennen", so Schulte, "und endlich die unternehmerischen Leistungen der Migranten anerkennen." Die Unterstützung von Existenzgründern mit Migrationshintergrund müsse daher ausdrücklich in den Aufgabenkatalog der kommunalen Wirtschaftsförderung aufgenommen werden.

Unkalkulierbares Risiko

[10.08.04] Zum Unfall in der japanischen Nuklearanlage in Mihama erklärt Steffi Lemke, Politische Bundesgeschäftsführerin von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

"Mit dem Unfall im Atomkraftwerk im japanischen Mihama ist erneut erschreckend deut-

lich geworden, mit welchen enormen Risiken Atomenergie verbunden ist.

Die Gefahr, dass technisches oder menschliches Versagen eine Katastrophe mit schrecklichen Folgen hervorrufen kann, ist weder kalkulierbar noch auszuschließen.

Wer weiter, wie Japan auf Kernenergie setzt, spielt verantwortungslos mit dem Feuer. Die Strategie Ausstieg aus der Atomenergie ist und bleibt die einzig richtige."



Steffi Lemke (36)
ist politische Bundesgeschäftsführerin von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN.



GRÜNE: Zuschüsse für Immobilien-Energie-Check

Mit 52 Euro bezuschusst das Land die Energieberatung von Hauseigentümern. Darauf weisen die Bündnisgrünen in einer Mitteilung hin.

Was fürs Auto gilt, gilt auch fürs Haus: Der regelmäßige Check sorgt für einen störungsfreien Betrieb. Deshalb wird die "Start-Beratung Energie" der Architektenkammer NRW und Ingenieurkammer-Bau NRW jetzt vom Landesministerium für Städtebau und Wohnen mit 52 Euro pro Beratung unterstützt. Die Beratung an sich kostet 100 Euro. Hauseigentümer müssen also künftig nur noch 48 Euro für den Check bezahlen. Koordiniert wird die Aktion von der Energieagentur NRW.

"Damit stärken wir ein Instrument, das es dem Hausbesitzer erlaubt, Ökologie und Ökonomie im Bau zu verbinden, indem Energie bewusst eingesetzt wird", erklärt Städtebauminister Dr. Michael Vesper (GRÜNE).

Das Landesprogramm decke sich optimal mit den kommunalpolitischen Zielen der Grünen, so deren umweltpoliti-

scher Sprecher Markus Holt.

"Energiebewusstes Wohnen gehört zum nachhaltigen Umgang mit Ressourcen. So wie man beim Auto Vergaser und Zündung einstellt, geht es beim Haus um die Heizung, Klimatisierung oder die Lüftung". In der Praxis lasse sich eine energetische Sanierung oft mit weiteren Umbau- oder Modernisierungsmaßnahmen verbinden, die Wohnkomfort und Wert der Immobilie steigern können. Erst im Frühjahr entschied der Umweltausschuss auf Antrag der Grünen, die Einführung eines Ökomietespiegels für Gladbeck prüfen

zu lassen, welcher den Energieverbrauch von Gebäuden stärker berücksichtigt.

Bei der vom Land geförderten "Start-Beratung Energie" nimmt ein Ingenieur oder Architekt das Haus unter die Lupe. Er verschafft sich einen Überblick über den Zustand des Gebäudes und gibt Empfehlungen zur energetisch sinnvollen Modernisierung. Zudem berät er zum rechtlichen Rahmen der Energieeinsparverordnung und zu finanziellen Fördermöglichkeiten bei der Sanierung. "Wer zeitgemäß und verantwortungsvoll mit Energie im Haushalt umgehen will, der kommt an einer solchen Inspektion nicht vorbei", so der Minister. Der Beratungsscheck gilt für Gebäude, die vor 1980 errichtet wurden.

"Ab 2006 muss bei jedem Mieter- oder Eigentumswechsel ein Energiepass für das Gebäude vorgelegt werden", weist Holt auf eine neue EU-Richtlinie hin. Mit dem Beratungsangebot könnten sich Immobilienbesitzer auf diese Regelungen gut vorbereiten.

→ Thema „Energie“ in unserem Kommunalwahlprogramm

„Energiebewusstes Wohnen gehört zum nachhaltigen Umgang mit Ressourcen!“

Hier erhalten Sie Informationen:

- Architektenkammer NRW, Tel.: 0211 / 4967-19
- Ingenieurkammer-Bau NRW, Tel.: 0211 / 13067-120
- Energieagentur NRW, Tel.: 0202 / 24552-60



Markus Holt (33)
ist umweltpolitischer Sprecher des Stadtverbands von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN Gladbeck.



Energie-Checks können Wärmeverluste bei Gebäuden offen legen!

Jetzt Projekte für den Gladbecker Umweltpreis melden!

Sommerferien! Viele Menschen haben jetzt vielleicht Zeit, sich für Natur- und Umweltschutzprojekte zu engagieren.

Die Stadt Gladbeck erinnert daher jetzt an den Umweltpreis 2004. Der Umweltpreis wird bereits seit 1988 jedes Jahr ausgeschrieben und ist in diesem Jahr mit insgesamt 7.800 Euro dotiert.

Mitmachen können beim Gladbecker Umweltpreis alle, die in Gladbeck wohnen oder hier ein Projekt durchgeführt haben. Dies gilt für Einzelpersonen wie auch für Vertreter von Firmen, Vereinen, Schulklassen, Gruppen, Kindergärten oder ganzen Schulen. Wichtig ist nur, dass ein konkretes Projekt

im Umweltschutz oder Naturschutz durchgeführt wurde oder sich in der Durchführung befindet.

Grundsätzlich gibt es dabei keine Einschränkungen. Es kann sich um die Anlage eines Biotops im eigenen Garten handeln, um die naturnahe Umgestaltung des Umfeldes eines Kindergartens, um die Begrünung eines Garagendaches oder die Installation einer Solaranlage auf dem Dach des Hauses oder Betriebsgebäudes. Auch Projekte zur Abfallvermeidung oder Wassereinsparung in Schulen oder anderen Gebäuden können ausgezeichnet werden. Das örtliche Handwerk oder Gewerbe ist ebenfalls aufgerufen, sich mit eigenen guten Projekten zu

beteiligen.

Das Preisgeld wird von folgenden Gladbecker oder in Gladbeck tätigen Firmen gestiftet: Deutsche Rockwool Mineralwoll GmbH, Emscher Lippe Energie GmbH (ELE), Pilkington Deutschland AG, INEOS Phenol GmbH, Rheinisch-Westfälische-Wasserwerksgesellschaft (RWW).

Einsendeschluss ist der 15. Oktober 2004. Weitere Informationen zum Umweltpreis oder auch Dokumentationen über Einsendungen der vergangenen Jahre gibt es bei Dr. Dieter Briese, Tel. 99-2610. Außerdem liegen in vielen öffentlichen Gebäuden Falbblätter mit näheren Einzelheiten aus.



Jedes Projekt kann für den Umweltpreis angemeldet werden. Es gibt grundsätzlich keine Einschränkungen.

Attraktive Schulwegsicherung in Schultendorf Bauausschuss beschließt Wiederherstellung der Mittelinsel

Zu Schulbeginn werden Anfang September wieder zahlreiche Fußgänger und Radfahrer die Schultenstraße queren müssen, um ihren Weg über Talstraße bzw. Gonheide in Richtung Innenstadt oder Rentfort fortzusetzen. Die Querung der Hauptverkehrsstraßen soll den Schülern künftig durch die Mittelinseln wieder erleichtert werden.

Der Laie staunte zunächst, welches Schauspiel sich im Zusammenhang mit der Querungsstelle in Höhe der Kirche bot. Erst wurden begrünte Mittelinseln sowohl südlich als auch nördlich der Talstraße angelegt, dann wurden die südlichen Inselköpfe wieder weggerissen und durch Barken ersetzt und seit einigen Wochen ist die Querungsstelle aufgrund der Leitungsverlegungen entlang der Schultenstraße komplett verirrt.

Auf Antrag der Grünen beschäftigte sich der Bauausschuss zuletzt im Juli mit dem Schultendorfer Insel-Wirrwarr. Die Verwaltung wollte bis dahin die südliche Mittelinsel nicht wiederherstellen, weil diese zu Schwierigkeiten bei

Unsere verkehrspolitischen Ziele in unserem Programm!

Schwertransporten der Bahn- und Hafenbetrieben führen würde. "Das konnten wir klären", so grünen Bauausschussmitglied Bernd Lehmann. Schwertransporte würden jetzt über eine alternative Route geführt, so dass dem wichtigen Ziel der Schulwegsicherung an dieser Stelle wieder



Bernd Lehmann (32) ist Diplom-Ingenieur und vertritt die Grünen im Stadtplanungs- und Bauausschuss.

entsprochen werden könne. Damit sei auch die lieblose und hässliche Baken-Lösung des Tiefbauamtes vom Tisch, die zur Verärgerung der Anwohner geführt hätte.

Eine Antwort blieb die Verwaltung jedoch bisher auf die Frage der Grünen schuldig, ob der Schwertransport der Lokomotiven nicht auch über die Schiene vertretbar wäre. Nach Gesetzeslage dürfe ein Transport auf der Straße nämlich nur genehmigt werden, wenn er nicht wenigstens zum größten Teil der Strecke auch auf der Schiene erfolgen könne. Mit dem gefundenen Kompromiss zwischen der Verkehrssicherheit der Kinder und den Wirtschaftsinteressen des wichtigen Arbeitgebers Bahn&Hafen können die Grünen aber leben. "Wichtig ist uns", so Lehmann, "dass die Kinder zu Schulbeginn eine sichere Querungsmöglichkeit entlang dieser zentralen Wegebeziehung vorfinden!"

„Wichtig ist, dass die Kinder zu Schulbeginn eine sichere Querungsmöglichkeit über die Schultenstraße vorfinden!“



Die Mittelinsel an der Schultenstraße – hier während der Kanalbauarbeiten

Themenspecial: Arbeitslosengeld II und Hartz IV

[12.08.04] Die Zusammenführung der beiden steuerfinanzierten Leistungen für Langzeitarbeitslose in eine neue gemeinsame Leistung wurde von Politik und Wissenschaft schon lange gefordert.

*Gastbeitrag von
Dr. Thea Dückert*

Die konkrete Umsetzung im Arbeitslosengeld II ist in allen Details ein Ergebnis des Vermittlungsausschusses, ein Kompromiss also. Die Union hat zugestimmt und trotzdem polemisiert sie auf allen Ebenen gegen die zweifellos schwierige Umsetzung. Das ist an vielen Punkten heuchlerisch. Denn es war die Union, die im Vermittlungsausschuss die Leistung bis zu einem Drittel senken wollten, die Sanktion bis zur kompletten Leistungstreue verschärfen wollte, die eine weitere Verbesserung der Zuverdienstmöglichkeiten verhindert und die ein Verschärfung der Zumutbarkeitsregelungen erzwungen hat. Und es ist eine politisch verantwortungslose Kampagne – weil mit falschen Argumenten Ängste, Unsicherheiten und Chaos erschürt werden.

Die Union hatte die Einigung über das Optionsgesetz im Bundesrat bis zum Juli verzögert. Das Optionsgesetz enthält zentrale Regelungen für die Einführung des Arbeitslosengeld II und der Job-Center wie Ausgestaltung der kommunalen Entlastung, Datenabgleich zwischen Sozialhilfeträgern und Arbeitsagenturen sowie die Übergangsregelungen für die kommunalen Beschäftigungsträger. Der jetzt bestehende Zeitdruck war Teil der Unionsstrategie.

Die Zusammenlegung ist eines der größten Reformprojekte der Bundesrepublik. Sie betrifft viele Menschen und be-

rührt viele Bereiche des öffentlichen Lebens, angefangen von den Hilfeempfängern über die freien Träger von sozialen und arbeitsmarktpolitischen Programmen und Angeboten, bis hin zu den Kommunen und den Arbeitsagenturen. Allen verlangt diese Reform viel Engagement und Initiative ab. Die Union hatte sich 16 Jahre lang davor gedrückt, diese Aufgabe anzupacken. Mit durchsichtigem Grund: Hier sind keine einfachen Erfolge auf dem Silbertablett zu haben, sondern viel Mut, Feinarbeit und Gestaltungswillen erforderlich. Die Umsetzung der

werden, insbesondere durch die Gründung von Arbeitsgemeinschaften und deren praktisches Wirken. Die verbleibende Zeit muss deshalb für intensive Vorbereitungen vor Ort genutzt werden.

Durchgesetzt

Bündnis 90/Die Grünen werten das Dritte und Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt als wichtigen und unerlässlichen Reformschritt. Mit Hartz IV ist sichergestellt, dass

■ die Hilfe für alle Langzeitarbeitslose aus einer Hand in

■ durch einen Kinderzuschlag von bis zu 140 Euro Familien mit geringem Erwerbseinkommen vor dem Abrutschen in den Sozialleistungsbezug bewahrt werden.

Bittere Pillen

Allerdings haben wir in den Verhandlungen mit der SPD und in den Sitzungen des Vermittlungsausschusses mit der Union einige bittere Pillen schlucken müssen:

■ Durch die verschärfte Anrechnung des Partnereinkommens werden viele vorherige Arbeitslosenhilfebezieherinnen, besonders Frauen, keinen eigenständigen Leistungsanspruch mehr haben.

■ Durch die verschärften Regelungen zur Zumutbarkeit, die die Union durchgesetzt hat, gilt nun jede Arbeit als zumutbar – wobei Lohndumping an der Rechtsprechung und dem BGB seine Grenze findet.

■ Durch die zu geringen Freibeträge bei der Altersvorsorge müssen viele Betroffene große Teile ihrer Privatrenten und Lebensversicherungen auflösen. Wir haben dagegen ein individuelles Altersvorsorgekonto gefordert, nach dem 3.000 Euro pro Lebensjahr steuerfrei zurückgelegt – und beim Bezug von Sozialleistungen eingefroren werden können.

■ Genauso wenig sinnvoll wie die Auflösung von Lebensversicherungen ist die Auflösung von Ausbildungsver sicherungen bei Kindern. Wir sind dafür eingetreten, hier bei der Formulierung der Verordnung zur Einkommensanrechnung durch das Ministerium großzügige Regelungen zu finden. Am 11. August hat sich die Koalition darauf geeinigt, nunmehr auch für Kinder den Mindestvermögensfreibetrag von 4.100 Euro gelten zu lassen. Bisher sollten Kinder lediglich

Weitere Informationen zu Hartz IV und Alg II



Informationsbroschüre der Bundesagentur für Arbeit zum Arbeitslosengeld II.

→ [pdf-Download](#)



Informieren Sie sich über die Aussagen zu Hartz IV in unserem Wahlprogramm.

→ [zum Wahlprogramm](#)

Weitere Informationen gibt es auf den Internetseiten der Bundestagsfraktion von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN:

→ [Arbeitslosengeld II: Fragen und Antworten](#)

→ [Das Arbeitslosengeld II Lexikon](#)

→ [pdf-Flugblatt zu Alg II](#)

→ [Tipps des DGB zum Arbeitslosengeld II](#)

den Job-Centern erfolgt.

■ die Leistungen pauschaliert werden und Leistungsbeziehern nicht mehr um jeden Küchenstuhl kämpfen müssen.

■ eine aktivierende Grundsicherung für alle bedürftigen Erwerbslosen geschaffen wird.

■ alle Erwerbslosen einen Zugang zu Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik haben.

■ für die Erwerbslosen im ALG-II-Bezug Beiträge zur Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung in Höhe von 78 bzw. 125 Euro gezahlt werden.

■ das gesetzlich geförderte Altersvermögen besser vor Anrechnung geschützt wird.

(Fortsetzung auf Seite 5)

(Fortsetzung von Seite 4)

einen Freibetrag von 750 Euro haben.

■ Die Regelungen zum Zuverdienst sind zu restriktiv und liegen bei einem Einkommen unter 800 Euro unter den Sätzen der bisherigen Sozialhilfe. Wir fordern dagegen: bis zu 400 Euro muss jeder zweite Euro anrechnungsfrei bleiben.

Die Einsparungen aus der Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe werden zur deutlichen Entlastung der Kommunen in Höhe von 2,5 Mrd. genutzt. Damit haben die Kommunen neue Freiräume, um in Kinderbetreuung zu investieren. Jetzt liegt es an den Kommunen, für den Abbau der Frauenerwerbslosigkeit zu sorgen. Sie steht mit dem Fehlen von Kinderbetreuungsplätzen in Deutschland in einem direkten Zusammenhang.

Keine Alternative: Das Existenzgrundlagengesetz

Die Union wollte Hartz 4 (Job-Center und Arbeitslosengeld II) im Vermittlungsausschuss blockieren. Durch das Existenzgrundlagengesetz (EGG), das die Union unter Federführung des hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch als Alternative zum rot-grünen Gesetz vorgelegt hatte, zog sich die soziale Schieflage wie ein schwarzer Faden:

■ Die Leistungen sollten um ein Drittel niedriger angesetzt und mit schärferen Sanktionen (bis zur völligen Streichung) flankiert werden.

■ Unterhaltungspflicht zwischen erwachsenen Eltern und Kindern

■ keine Beiträge zur Rentenversicherung

■ keine verbindliche Krankenversicherungs-Mitgliedschaft

■ Leistungen unterhalb des bisherigen Sozialhilfesatzes

■ Einführung eines flächendeckenden Niedriglohnssektors mit Lohndumping

■ Extreme Finanzbelastungen für die Kommunen und den Bund

Im Ergebnis ist der Blockade-

Umsetzung von Hartz IV in Gladbeck:

Zur Umsetzung der Sozialreform werden die Stadt Gladbeck, der Kreis Recklinghausen und die Agentur für Arbeit Gelsenkirchen zum 01.01.2005 eine **Arbeitsgemeinschaft** gründen, um gemeinsam die neuen Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II) anzubieten.



Eine achtköpfige Lenkungsgruppe ist für den Aufbau dieser Arbeitsgemeinschaft bis zum Jahreswechsel zuständig. Die Lenkungsgruppe besteht aus drei VertreterInnen der Stadt Gladbeck, einem Vertreter des Kreises und vier VertreterInnen der Agentur für Arbeit Gelsenkirchen. Die Personalvertretungen, die Gleichstellungsbeauftragten sowie die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden regelmäßig über die Arbeit der Lenkungsgruppe informiert und beteiligt.



Die **Ziele**, die mit dem Aufbau der Arbeitsgemeinschaft verfolgt werden, wurden in einem **Strategiepapier** festgehalten, das die beteiligten Partner am 22. Juli 2004 unterzeichnet haben.

Im Interesse der Gladbecker BürgerInnen sollen alle Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende gemeinsam durch die Agentur für

kurs von Roland Koch gescheitert. Auch die Union konnte sich letzten Endes der Erkenntnis nicht verschließen: Die Hartz-Gesetze sind die richti-

gen Gesetze zum richtigen Zeitpunkt: für die Erwerbslosen und für weniger Langzeitarbeitslosigkeit. Wir haben jetzt die richtigen Werkzeuge an der

Arbeit und die Stadt Gladbeck erbracht werden, unabhängig davon, wer für die Erbringung der Leistungen eigentlich zuständig ist. Ziel ist demnach die „**Leistungserbringung aus einer Hand**“.

Leistungsberechtigt sind alle „erwerbsfähigen“ EmpfängerInnen von Hilfe zum Lebensunterhalt und alle EmpfängerInnen von Arbeitslosenhilfe. In Gladbeck sind das nach derzeitigem Stand rund 4.000 sog. Bedarfsgemeinschaften (also Lebenspartner und ggf. Kinder) mit 8.000 Personen. Damit gehören über **10 % der Gladbecker Bevölkerung** zu dem **Leistungsberechtigten Personenkreis** nach Hartz IV.

Im Vordergrund stehen für die neu gegründete Arbeitsgemeinschaft die **Bedürfnisse der Antragssteller**. Ziel ist daher

- eine effiziente Arbeit im Sinne des Leistungsempfängers,
- möglichst wenig Behördenkontakte und Schnittstellen erforderlich zu machen und
- eine schnelle Vermittlung bzw. rasche Integration zu ermöglichen.

Gemäß den Vorgaben des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit soll je **ein Mitarbeiter 75** Bedarfsgemeinschaften betreuen und sich für deren Vermittlung in den Arbeitsmarkt einsetzen. Weitere Mitarbeiter kümmern sich um je 140 bis 150 Bedarfsgemeinschaften und bearbeiten deren Leistungsabrechnungen.

Bei Ihren Aufgaben will die Arbeitsgemeinschaft mit den **Beteiligten des örtlichen Arbeitsmarktes** (Träger der freien Wohlfahrtspflege, Kirchen, Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowie Kammern und berufsständischen Organisationen) zusammenarbeiten. Deren Beteiligung soll in Form eines Beirates oder in beratender Funktion ermöglicht werden. Sowohl die Stadt Gladbeck als auch die Agentur für Arbeit Gelsenkirchen haben ihren Willen bekräftigt, die **erfolgreichen Ansätze kommunaler Arbeitsmarktpolitik** zu erhalten.

Hand, um Bewegung in der Wirtschaft in Bewegung am Arbeitsmarkt umsetzen zu können.

Ostdeutschland

In den neuen Bundesländern macht die PDS flächendeckend Wahlkampf mit der Ablehnung von Hartz IV. Im Westen gründen sich verschiedenen Formen von „Wahlalternativen“, die mit der PDS das gemeinsame Ziel eint: weg mit Hartz IV, Wiederherstellung des status quo ante. Das Hauptargument der Hartz-GegnerInnen ist, hier würde bei den Ärmsten gekürzt. Diese Argumentation ist falsch.

Die Hartz-Reform bedeutet Einschnitte für die vormaligen ArbeitslosenhilfebezieherInnen und Verbesserungen für die vormaligen SozialhilfeempfängerInnen. Wer in seinem Leben mindestens einmal 12 Monate sozialversicherungspflichtig beschäftigt war, bekam sein Leben lang mindestens 53% des durchschnittlichen Netto-lohns als Arbeitslosenhilfe. Im Klartext: wer 2000 Euro netto verdient hatte, bekam bis zur Rente 1060 Euro, während SozialhilfeempfängerInnen mit durchschnittlich 648 Euro auskommen mussten. Beide Leistungen waren jedoch steuerfinanziert, d.h. keine Versicherungsleistungen.

Für all diejenigen, die noch nie einen längeren Einstieg ins Arbeitsleben gefunden hatten und auf Sozialhilfe angewiesen waren, bedeutete dies: keine arbeitsmarktpolitischen Leistungen vom Arbeitsamt, Einzelanträge für jeden einzelnen Bedarf, d.h. für jeden Küchensstuhl und Wintermantel, volle Anrechnung des Einkommens der Eltern, egal wie alt man wurde, kein Anrecht darauf, sein Auto behalten zu können, Anrechnung der Ersparnisse des eigenen Kindes oberhalb von 256 Euro, kein Beitrag für Rentenversicherung und Krankenkasse etc.

Diese Aufspaltung der Langzeitarbeitslosen ist ungerecht. In Westdeutschland sind 43% der zukünftigen ALG-II-BezieherInnen vormalige SozialhilfebezieherInnen. In Ostdeutschland ist der Anteil dieser an den zukünftigen ALG-II-

(Fortsetzung von Seite 5)

BezieherInnen niedriger. Aber: im Verhältnis zur Bevölkerungszahl gibt es hier fast genauso viel SozialhilfeempfängerInnen – Tendenz steigend. Und: hier ist es vor allem die junge Generation, die ausgegrenzt wurde. Aufgrund der stabilen Berufsbiografien in der DDR wurden die jungen Menschen erst ab Jahrgang 1974 mit einer Situation konfrontiert, in der sie es gar nicht erst in die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung geschafft haben. Die 3 Mrd. Euro, die bisher für die Lebensstandardsicherung in der Arbeitslosenhilfe eingesetzt worden waren und nun eingespart werden, gehen zum Großteil an die klammen Kommunen: zur Sicherung der kommunalen Daseinsvorsorge und zum Ausbau der Kinderbetreuung. Neben 2,5 Mrd. Entlastung für die Kommunen bekommt der

Osten zusätzlich 0,8 Mrd. Euro Hilfen. Und: aus der Gemeindefinanzreform erhalten die Kommunen bis 2007 schrittweise jährlich weitere 7,2 Mrd. Wer den status quo ante sichern will, dem fehlt für die 2,5 Mrd. Euro an die Kommunen und 0,8 Mrd. Euro Strukturhilfen für den Osten die Gefinanzierung.

Fazit

Die Politik muss sich entscheiden: will sie strukturelle Verbesserungen in den Mittelpunkt stellen oder die Lebensstandardssicherung ehemaliger Arbeitslosengeld-BezieherInnen? Es spricht vieles dafür, die erste Alternative zu wählen. Und das ist auch und gerade im Sinne der SozialhilfeempfängerInnen. Denn: sie bekommen nun die vollen arbeitsmarktpolitischen Leistungen, brauchen nicht mehr jeden Küchenstuhl einzeln

beantragen sondern bekommen Pauschalen, müssen nicht mehr bei ihren Eltern betteln gehen, dürfen ihr Auto behalten, dürfen mit 750 Euro ihren Kindern fast 500 Euro mehr Ersparnisse belassen und werden in der Krankenkasse und Rentenversicherung Mitglied.

Es bestehen noch zahlreiche Informationsdefizite und Unsicherheiten. Deshalb haben wir in der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen wichtige Informationen zu den Leistungen nach dem SGB II, den Integrationsangeboten und der Verteilung der Empfänger auf Ost- und Westdeutschland zusammengestellt.



Dr. Thea Dückert ist arbeitsmarktpolitische Sprecherin der grünen Bundestagsfraktion.

→ [Homepage](#)

„SozialhilfeempfängerInnen bekommen nun die vollen arbeitsmarktpolitischen Leistungen und brauchen nicht mehr jeden Küchenstuhl beantragen, sondern bekommen hierfür Pauschalen.“

Renaissance der Straßenbahn auch in Gladbeck?

[12.08.04] Mit nachfolgendem Schreiben wandten wir uns mit der Frage an die Vestische, ob eine Vernetzung mit dem Straßenbahnnetz der Städte Gelsenkirchen und Essen möglich wäre:

Sehr geehrter Herr Schmidt,

im Zusammenhang mit städtischen Straßenausbaumaßnahmen der Vergangenheit hat sich meine Fraktion mehrfach mit der Möglichkeit auseinander gesetzt, unsere Stadt wieder an das Straßenbahnnetz unserer Nachbarstädte anzuschließen – sprich an das Netz der Stadt Gelsenkirchen und der Stadt Essen.

In diesem Zusammenhang wende ich mich an Sie als unseren kommunalen Verkehrsdienstleister. Auch Ihnen dürfte im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum Ausbau der Horster Straße im Stadtteil Brauck aufgefallen sein, dass

die Straßenbahnlinie 302 der BOGESTRA und die Stadtbahnlinie 17 der EVAG unmittelbar an die Grenzen ihres Wirkungsbereichs und an die Ausbaugrenzen der Horster Straße trifft.

Hierzu habe ich folgende Fragen:

1) Gibt es Planungen der Vestischen Straßenbahnen GmbH, die Stadt Gladbeck an das Straßenbahnnetz der Nachbarstädte anzubinden?

2) Gibt es Abstimmungen zwischen der Vestischen Straßenbahnen GmbH und BOGESTRA/EVAG bei der Gestaltung und dem Verlauf der Straßenbahnnetze, so dass sich diese an den Kunden und nicht an zufällig vorhandenen Konzessions- und Stadtgrenzen orientieren?

3) Wäre es theoretisch machbar, einen Anschluss an die Straßenbahnlinie 302 über die Regionalbahntrasse 43 mit

Hybridfahrzeugen herzustellen (Beispiel Combio-Bahn in Nordhausen). Gibt es eventuell parallel der Bahntrasse 43 durchgehend brachliegende Flächen, die für eine Straßenbahn genutzt werden könnte, welche den Stadtteil Rosenhügel, Brauck und Butendorf erschließen und Anschlüsse von Gladbeck-Mitte nach GE-Zentrum und Essen Zentrum herstellen würde?

4) Gibt es Überlegungen eine Straßenbahnverbindung zwischen Gladbeck und Buer, beispielsweise über die überbreite Buersche Straße herzustellen und damit auch die Fachhochschule an die beiden Zentren anzubinden? Wie findet für solche Zielsetzungen ein Austausch zwischen den kommunalen Verkehrsunternehmen statt.

5) Halten Sie es für erforderlich, solche Überlegungen im Rahmen der Nahverkehrsplanung abzuwickeln?



Könnten bald schon wieder Straßenbahnen durch Gladbeck fahren, wie auf diesem Foto damals in der Horster Straße.